

Dezernat II
2287/VIII

Gremium: Rat der Kreisstadt Siegburg öffentlich
Sitzung am: 20.04.2023

Deutschlandticket

Sachverhalt:

Seit über einem Jahrzehnt bietet die Stadtverwaltung ihren Mitarbeitenden ein Jobticket an. Seit dem Nutzungszeitraum 2021/2022 erfolgt dies zu vergünstigten Konditionen, hierfür wurde im Haushalt der Stadt ein Betrag von 50.000 € zur Verfügung gestellt.

Durch die Einführung des Deutschland-Tickets zum 1. Mai 2023 stellt sich die Frage, wie künftig mit dem Jobticket verfahren werden soll. Inzwischen haben bereits einige Jobticket-Nutzer signalisiert, auf das Deutschland-Ticket umsteigen zu wollen. Da das Jobticket nach wie vor eine verpflichtende Abnahme für alle Mitarbeitenden erfordert, wird das Jobticket bei weiteren „Verlusten“ dadurch finanziell nicht mehr realisierbar.

Als Alternative bietet sich an, den Mitarbeitenden ab dem 1. Mai 2023 das Deutschland-Ticket im Abo-Modell anzubieten. Dieses Modell setzt voraus, dass der Arbeitgeber den Abgabepreis an die Mitarbeitenden bezuschusst und maximal monatlich 34,30 € verlangt, selbst kostet ein Ticket den Arbeitgeber monatlich 46,55 € (statt 49 €). Vorteil des Abo-Modells ist, dass hier weder eine Gesamtabnahmeverpflichtung noch eine Mindestabnahme besteht.

Das Deutschlandticket bietet den Vorteil einer bundesweiten Nutzung, hat aber gegenüber dem Jobticket den deutlichen Nachteil, dass in den Abendstunden und am Wochenende nicht die kostenlose Mitnahme von Familienangehörigen und einem Fahrrad möglich ist.

Bisher gibt es beim Jobticket für die städtischen Mitarbeitenden zwei bezuschusste Abnahmepreise, der Monatsbetrag beträgt 20 € für Mitarbeitende mit Wohnsitz Siegburg, 39 € für alle anderen Mitarbeitenden. Ausbildungskräfte erhalten das Jobticket kostenlos.

Erste Option ist, bei der Umstellung auf das Deutschlandticket dieses Preismodell weiter zu verwenden, den Preis für die Auswärtigen aber aufgrund der Vorgaben auf 34,30 € zu senken. Aufgrund der zeitlichen Erfordernisse wurde dies bereits veranlasst, um die Umstellung zum 1. Mai sicherzustellen. Bei den derzeitigen Abnahmezahlen ist für dieses Modell der bisherige Zuschuss von 50.000 € ausreichend.

Aus Sicht der Verwaltung wäre es aber auch im Sinne der Attraktivität des Arbeitgebers im Rahmen von Personalrekrutierungen sowie als deutliches Signal für eine Verkehrswende wünschenswert, das Deutschlandticket für die Mitarbeitenden einheitlich für 20 € anzubieten. Dies würde eine Zuschusserhöhung von 20.000 €/Jahr bedeuten.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Realisierung des Verwaltungsvorschlages (einheitlicher Abgabepreis von 20 €) ist die Zuschusserhöhung um 20.000 € erforderlich. Dies ist durch eine entsprechende Einnahmesenkung zu realisieren (Produkt Zentrale Dienst 1110601, Konto 442111).

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt befürwortet den einheitlichen Abgabepreis von 20 € für das Deutschlandticket an die Mitarbeitenden und erhöht dafür den bisherigen Zuschuss von 50.000 €/Jahr auf 70.000 €/Jahr.

Siegburg, 04.04.2023